



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Wochen unsicherer Erwartung.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die Wochen unsicherer Erwartung.

Es war natürlich, daß nach einer Zeit gewaltiger Erfolge, in denen zunächst der künftige Segen des Neugewonnenen froh geahnt wurde, eine Zeit der Ernüchterung eintrat, in welcher die Schwierigkeiten der politischen Neubildungen im Vordergrunde stehen und von den Deutschen, je nach ihrem Standpunkt, sorgenvoll oder schadenfroh erwogen werden. Den Preußen blieb nicht erspart, bei ihrer Festsetzung in den annectirten Ländern Fehlgriffe zu thun, schnell änderten sich unter den Erfolgen die Gesichtspunkte der Regierung, und es war nicht zu verwundern, daß häufiger Wechsel der Administrativbeamten und der militärischen Befehlshaber diese Aenderungen in Politik und Tendenz darstellte. Dergleichen Schwankungen sind aber bei jeder großen Wandlung unvermeidlich, sie sind am allerwenigsten ein Vorwurf für die dadurch compromittirten Persönlichkeiten. Im Allgemeinen vermochte die preussische Verwaltung bis jetzt der Ungeduld der Freunde nicht Genüge zu thun, dem Haß der Gegner nicht gebührend zu imponiren. Nur die militärische Organisation, von König Wilhelm selbst geleitet, greift energisch durch, mit bewundernswerther Schnelligkeit wurden alle vorbereitenden Schritte gethan, und die Bildung dreier Armeecorps, eine Vermehrung der preussischen Heeresmacht um den vierten Theil, geht in aller Stille unaufhaltsam vorwärts. Aber auch auf jedem andern Gebiete wird die Einverleibung der annectirten Länder schneller erfolgen, als die Feinde Preußens hoffen, trotz der ungeheuerlichen Behauptung eines preussischen Ministers, seine Regierung könne in dem alten Preußen das sein, was er conservativ nennt, in dem übrigen Deutschland mit revolutionärer Freiheit walten. Nicht in den annectirten Landestheilen liegen die größten Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage, obwohl auch für sie dringend wünschenswerth ist, daß ein Ministerwechsel in Berlin eine stärkere Kraft an die Spizen der Verwaltung

stelle, als den Grafen Eulenburg und von der Lippe und dem Herrn v. Mühlner zu Gebote steht.

Größere Hemmnisse bereiten die Friedensverträge mit den im Sommer feindlichen Regierungen, welche jetzt Mitglieder des norddeutschen Bundes geworden sind, mit Hessen-Darmstadt und Sachsen. Der erstere Vertrag hat in dem Großherzogthum Hessen so verworrene und unhaltbare Zustände hinterlassen, daß ein Bestand derselben unmöglich erscheint. Man thut dem auswärtigen Amte Preußens Unrecht, wenn man behauptet, daß dies Unhaltbare in geheimer Absicht pactirt sei, als neue Handhabe für ein Eingreifen Preußens. Denn es ist selbstverständlich, daß im Sommer dieses Jahres unter dem Zauber der preußischen Siege immerhin mehr zu erreichen war, als in Zeiten der Ruhe nach einem Friedensschluß. Und kein Staatsmann von Urtheil wird, wenn er die Wahl hat, nach den unermesslichen Opfern und nach großen Siegen eines Krieges etwas schaffen, wovon er selbst weiß, daß es eine unverstehbare Quelle von Verlegenheiten, für die Gegner seines Staats eine willkommene Handhabe zu neuen Einmischungen sein wird. Der Friede mit Sachsen und Darmstadt ist vielmehr unter dem Zwange sehr realer Verhältnisse geschlossen. Darüber, ob er so nöthig wurde, wird sich die Zukunft des Urtheils nicht begeben; uns ist zur Zeit versagt, abzuschätzen, ob dieser Preußen aufgelegte Zwang unwiderstehlich war, und ob ein größeres Wollen Höheres für Preußen und Deutschland hätte erreichen können. Zur Zeit merken wir nur Eins. In jenen Tagen, wo im preußischen Hauptquartier zu Nikolsburg plötzlich Entschluß gefaßt werden mußte über Frieden oder Fortsetzung des Krieges, hatte man Veranlassung, dort auch eine andere Möglichkeit der Lösung ins Auge zu fassen: man konnte eine zweite Schlacht bei Wien wagen, dadurch die österreichische Armee nach Ungarn werfen, den kleineren Theil des Heeres an der Grenze zurücklassen, mit dem größeren Theil in Gewaltmärschen nach München und Stuttgart ziehen und das Heer dadurch in die Nähe des Rheins bringen, dann annectiren lassen, was für Preußen im Norden nöthig war, den Südstaaten aber günstige Bedingungen stellen, vor allem die deutsche Bundespflicht derselben für fortbestehend erklären, und nach Ausschluß Oestreichs den Bund selbst in preußischem Sinne reformiren. Bayern und Württemberg wären gänzlich niedergeworfen, froh gewesen, sich im Bunde zu conserviren, die Schnelligkeit der Erfolge, die Nähe des preußischen Heeres an der französischen Grenze würde wahrscheinlich dem Kaiser von Frankreich nicht weniger Zurückhaltung auferlegt haben, die Umarmung des gesammten Deutschlands hätte mit einem Schlage die deutsche Frage zur Entscheidung gebracht, die ganze Bewegung hätte einen vorwiegend nationalen Charakter angenommen, allerdings auch das Schicksal Oestreichs schneller Entscheidung zugeführt, und es ist wohl möglich, daß solche kühne Politik uns weiter gebracht hätte, als wir jetzt sind, und die inneren Schwierigkeiten der

Neugestaltung beträchtlich verringert. Aber dieser Weg barg für Preußen eine große Gefahr. Nicht den augenblicklichen Krieg mit Frankreich. Wohl aber legte er dem preussischen Heere die Pflicht auf, für eine Reihe von Jahren auch das südliche Terrain bis zu den Alpen zu beschützen und die nöthige Neubildung eines deutschen Heeres nicht, wie jetzt geschieht, auf drei bis vier Armeecorps, sondern auf eine Truppenmasse auszudehnen, welche im Ganzen fast ebenso groß war als die preussische, und zwar zum großen Theil unter abgeneigter Bevölkerung. Es ist wohl möglich, daß solche massenhafte Neubildungen die innere Kraft und Festigkeit des preussischen Heeres auf viele Jahre nicht vergrößert, sondern in ähnlicher Weise verringert hätten, wie die des piemontesischen Heeres nach dem Erwerb von Italien. Wenn man aus dieser Rücksicht die neue exponirte Stellung preussischer Macht scheute, so sind wir nicht in der Lage, solche Vorsicht tadeln zu können.

Der Frieden, wie er einmal geschlossen wurde, hatte den Vertrag mit Sachsen zur Folge. Man sieht diesem Actenstück an, wie schwierig die Versöhnung war, es ist in allen Hauptpunkten von einer auffallenden Unbestimmtheit und droht eine Quelle von langwierigen Differenzen der Regierungen zu werden. Dieses Blatt hat vermieden, über die Zustände, welche dadurch in Sachsen eingeleitet wurden, sich des Weiteren zu äußern; Thatsache ist aber, daß durch diesen Vertrag, welcher die sächsische Regierung mit engem Bündniß an Preußen schließt, die nationale Partei Sachsens die Partei geworden ist, welche die vertragsmäßigen und legalen Interessen Sachsens und des restaurirten Könighauses vertritt. Und es ist nicht unnütz, die specifisch sächsische Fronde daran zu erinnern, daß ihre Agitation und ihre Abneigung gegen Preußen nicht nur die eigene Regierung compromittirt, sondern ihr und dem Lande auch ernste Gefahren bereiten kann. Nach Abschluß des Friedensvertrages ist diese Partei thatsächlich die oppositionelle gegen den Bund und gegen die Verpflichtungen der sächsischen Regierung geworden, und die kleinen Mittel, durch welche man den Gegensatz zu Preußen und einen specifischen Patriotismus lebendig erhalten will, haben in der Hauptsache keine andere Wirkung, als dem König und Ministerium von Sachsen das unvermeidlich gewordene freundliche Verhältniß zu Preußen zu erschweren.

Aber nicht nur in Sachsen, in ganz Deutschland steht die Empfindung obenan, daß wir in einem großen Interimisticum leben, und im Beginn politischer Neubildungen, deren definitiver Abschluß noch in weiter Ferne liegen mag. Gedanke und Wunsch hängen unablässig an der Zukunft, und nur den Besseren wird durch die Unsicherheit der politischen Gegenwart die Thatkraft gesteigert, mit der sie für eine gute Zukunft in ihrem Kreise zu arbeiten suchen. Die nächste Frage aber, welche jetzt alle Seelen erregt, ist Verfassung und Parlament des neuen Bundesstaates. In acht Wochen soll der Reichstag zu-

sammentreten, welcher drei Viertel der deutschen Nation in einem großen Hause vereinigt, und noch ist alles unsicher, was Grundlage für sein Wirken werden soll: Umfang seiner Competenz, Stellung der Centralgewalt, mit der er verhandeln soll und die Einordnung der einzelnen Bundesregierungen in den neuen Organismus. — Wird die preussische Regierung mit dem Parlament gewählter Volksvertreter ohne jede Assistenz der Bundesregierungen verhandeln? Oder werden diese Regierungen ihre Gesandten in eine Art Staatenhaus oder Bundesversammlung dazu senden? und wenn dies geschieht, wie ist es möglich, in solcher Delegirtenversammlung der Regierungen, die ohnehin an Instructionen gebunden wäre, einen Abstimmungsmodus zu finden, der in irgendeiner Art dem Machtverhältniß zwischen Preußen und den kleinen Staaten entspräche? Nach gemeinem Urtheil ist seit der Vergrößerung Preußens bei dem beherrschenden Uebergewicht dieses Staates ein Delegirtenhaus der Regierungen überhaupt eine irrationale Größe. Und doch, wenn dies ganz wegbleibt, wie wird man mit dem Widerstand der Bundesregierungen, welche sich bei solcher Weglassung für mediatisirt halten werden, in den kurzen Wochen bis zum Februar fertig werden? Für diese unabweisbaren Fragen werden wir ungeduldig die Antwort abwarten, welche man in Berlin finden, vielleicht im Drange der Stunde mit kurzem Entschluß improvisiren wird. Das Jahr hat uns größere Ueberraschungen gebracht als diese Antwort, und wir müssen wie gute Kinder zur Weihnachtszeit hoffen und das Vertrauen auf unser Christkind mit Saft und Ruthe zu erhalten suchen.

Vielleicht ist möglich, daß es dem Ministerpräsidenten gelingen wird, sich für diesen ersten Reichstag eine Vollmacht von den Bundesregierungen durchzusetzen, etwa mit der Modification, daß die Beschlüsse des Reichstags einem zusammentretenden Gesandtencollegium zur formellen Bestätigung vorgelegt werden. Dagegen halten wir für wichtig, daß die Staatsminister der einzelnen Bundesregierungen dem Vernehmen nach selbst eine Wahl in das Parlament erstreben. Diese Taktik könnte uns allerdings die Minister der beiden Mecklenburge, und sogar Herrn v. Dalwigk in die Reihen der Gegner führen, sie würde aber aus Thüringen, Oldenburg, Braunschweig eine Anzahl angesehenen und geschäftskundiger Männer dem Reichstag verbinden.

Wer sonst die Bänke des Parlaments besetzen wird, auch das ist noch eine Frage, auf welche nach achtzehn Jahren zahlloser Landtage und Parlamentsreden keine befriedigende Antwort zu finden ist. Das allgemeine Wahlrecht, welches der Entwurf vom 10. Juni lect in das deutsche Volk geschleudert hat, macht in vielen Landschaften die Berechnung unsicher. Auch in dieser Hinsicht sind uns Ueberraschungen und unerwartete Neubildungen vorbehalten, bei denen ihr Urheber Veranlassung haben wird, seinem Glück nicht weniger zu vertrauen als seinem Talent. Nur zweierlei läßt sich voraussagen: Die Wähler werden

sehr viele neue Männer in den Reichstag senden, und die gegenwärtige Stellung der Parteien wird durch das Parlament wesentlich geändert werden. In dem östlichen Theile Preußens wird die Mehrzahl der Wahlen von den Landleuten und deshalb nach den Ereignissen dieses Jahres von Landrätthen und Gutsherren abhängen, und wohl ein Drittheil des Parlaments wird aus sehr conservativen Preußen bestehen; in Posen und am Rhein wird die katholische Geistlichkeit allgemeine Wahlen stark beeinflussen, in den annectirten Provinzen wird wohl die größere Hälfte der Gewählten aus Separatisten bestehen, in den übrigen Bundesstaaten, Sachsen eingeschlossen, im Ganzen genommen ebenfalls die Hälfte aus Particularisten. Eine Minorität der Preußen und die kleinere Hälfte der Nichtpreußen werden die liberal- und nationalgesinnte Partei bilden. Es ist also möglich, daß wir unter 300 Abgeordneten drei ziemlich gleich starke Parteien erhalten, wenn wir voraussetzen, daß Ultramontane, Großdeutsche und die übrigen Separatisten in wichtigen Fragen zusammengehen. Dies Verhältniß erscheint ungünstiger, als es in Wirklichkeit ist. Wenn unsere näheren Freunde auch nur ein Drittheil der Abgeordneten darstellen sollten, sie werden als ein Keil zwischen den preußischen Conservativen und den Gegnern eingeschoben, in allen großen Fragen den Ausschlag geben und dem Interesse der preußischen Regierung eine Zweidrittelmajorität sichern. In dieser liberalen Partei selbst aber wird sich eine Neubildung der Fractionen vollziehen; die Führer der alten preußischen Opposition werden mit Bennigsen, Braun, Fries, Detker, Wiggers und vielen andern guten Namen gesellt, die frische Unbefangenheit und die Wärme der preußisch Gesinnten, welche außerhalb der alten Fehden mit der preußischen Regierung gestanden haben, in sich aufnehmen. Bei solcher Zusammensetzung darf man auch hoffen, daß der Reichstag eine Schule für die preußischen Conservativen sein wird; sie müssen manche ihrer Junkevelleitäten dort zurücklassen. Endlich die Zahl der geheimen Gegner des preußischen Bundesstaates wird kein schwerwiegendes Leiden sein, denn diese Unberechenbaren haben kein anderes Band als ihr Mißbehagen an der neuen Zeit, und die Bundesgenossenschaft von Socialdemokraten, Großdeutschen, Ultramontanen, eifrigen Saxonen, mecklenburgischen Junkern und Polen ist nicht dauerhaft.

Wie sich aber auch der Reichstag im Einzelnen zusammensetzt, an ihm wird es nicht liegen, wenn der Plan des norddeutschen Staates vereitelt werden sollte. Daß die Deutschen nicht mit hochgespannter Begeisterung zu der neuen Versammlung sich rüsten, ist kein Schaden, sie werden doch wacker und in gutem Vertrauen ihre Pflicht thun. Manchen werthen Mann werden wir in der großen Versammlung missen und manchen unbehilflichen Thoren zu ertragen haben, aber darüber kann man sicher sein, sie wird dem Auslande zeigen, daß wir in den letzten achtzehn Jahren gelernt haben, und daß unser Land sehr

reich an Talent und an wohlgemessener Kraft ist. Hestig arbeiten die Gegensätze und stark ist die Spannung, aber der Reichstag findet seinen Weg durch formulirte Vorlagen gebahnt und hat die Regierung eines Reiches hinter sich, welche durch große Erfolge gehoben, der aufsteigenden Lebenskraft ihres Staatskörpers sich stolz bewußt ist. Die Deutschen werden auch die größte Tugend einer parlamentarischen Körperschaft zu üben wissen: kluge Resignation, und die preußische Regierung wird jetzt erfahren, daß, wenn man ein Volk groß behandelt, man auch große Antwort erhält.

In der That ist schon jetzt die Stellung der neu Annexirten und selbst die der kleinstaatlichen mit eigenen Regierungen klarer zu der deutschen Frage, als die der Preußen selbst. Denn die Preußen haben bereits eine Vertretung in dem Landtag eines großen Staates, und der gesetzliche Zustand, für welchen dort die Parteien so scharf gegen einander gekämpft haben, der durch achtzehn freudenarme Jahre mühsam eingebürgert ist, droht jetzt durch den neuen Bund in Verwirrung zu gerathen. Daß der preußische Landtag in seiner bisherigen Competenz nicht neben einem deutschen Reichstage bestehen kann, ist unzweifelhaft: ihn aufzugeben für eine kaum ausgedachte, nicht bewährte Neubildung, ist unmöglich. Zur Zeit weiß niemand in Preußen, auch die Leiter des Staates nicht, wohin der Schwerpunkt preußischer Macht gravitiren wird, ob nach dem alten Landtag, ob in die neue Versammlung des Reichs. Wie die officiöse Presse verrieth, hat der Ministerpräsident im vorigen Frühjahr die stille Absicht gehabt, den unsühnbaren Gegensatz zwischen Herrenhaus und Abgeordnetenhaus, zwischen Ministerium und Opposition dadurch zu überwinden, daß er eine Volksvertretung der Deutschen schuf, bei welcher ein Theil des Budgets, zunächst das Militärbudget, durch die Zollintradon und andere Steuern eifern fundirt werden und das Parlament für die Verkehrsinteressen allmählig die Thätigkeit der alten berliner Häuser an sich ziehen sollte. Dieser Plan ist durch die Aufnahme von Sachsen und Darmstadt in den Bund vorläufig gestört worden, Graf Bismarck selbst kann immer noch in die Lage kommen, den preußischen Landtag als Vertheidigungsmittel gegen den neuen Reichstag zu gebrauchen. Das preußische Volk aber hat sich ebenfalls gewöhnt, seine Verfassung als letzte Bürgschaft eines gesetzlichen Zustandes zu betrachten. Und das thun nicht nur die Liberalen, auch die conservativen Gutsherren werden von dem Augenblick, wo der deutsche Reichstag ihre Parteinteressen schädigt, sich um die sichere Burg des preußischen Herrenhauses schaaren. Deshalb ist zur Zeit noch sehr fraglich, ob man in Berlin den Wunsch und ob man die Kraft haben wird, die Vertretung eines deutschen Reiches an Stelle der preußischen Landesvertretung zu setzen. Und grade vor dieser Cardinalfrage unserer Zukunft wird uns am meisten fühlbar, daß wir in einem Interimisticum leben, dessen glückliche Bewältigung wir hoffen, zur Zeit nicht absehen.

Diese Unsicherheit verhindert in Berlin auch die Veränderung, welche in anderer Rücksicht nöthig geworden ist, eine Modification des preussischen Ministeriums. Die letzten Debatten im preussischen Abgeordnetenhaus haben aufs neue erwiesen, was längst kein Geheimniß war, daß der Minister des Innern, der Justiz und des Cultus ihrer Persönlichkeit und Vergangenheit nach nicht gemacht sind, die nothwendigen großen Organisationen im alten und neuen Lande durchzuführen. Es gab eine kurze Zeit, in welcher diesen Ministerien ein Wechsel nach liberaler Seite in Aussicht stand. Jetzt ist davon alles still, und mit gutem Grunde. Auch wenn der Ministerpräsident die Nothwendigkeit eines Personenwechsels ebenso beurtheilt, wie ein großer Theil der Nation, und wenn er, was keineswegs sicher ist, den Einfluß hätte, ihn durchzusetzen, so hat er sich grade durch die am meisten demokratische Handlung seines Lebens in diesem Augenblick sehr schwer gemacht, seine conservativen Collegen aus den Ministerstühlen zu entfernen. Denn grade das allgemeine Wahlrecht wird aus den alten Provinzen Preußens ein großes Contingent von Junkern und Hochconservativen in das Parlament senden, treue Anhänger von patriarchaler Tyrannei der Landräthe, von Strafversetzung der Kreisrichter, von Confiscation der liberalen Blätter und Lobredner der stielischen Regulative, so daß eine Vertauschung der treuesten Parteigenossen im Ministerium mit liberalen Namen den Grafen Bismarck in Gefahr setzen würde, vielleicht hundert unzufriedene und widersetzliche Conservative in einem Reichstag zu finden, in dem er die sicheren Stimmen der Altpreußen gar nicht entbehren kann. So hat, wenn wir nicht irren, das allgemeine Stimmrecht grade den preussischen Ministern, welche am freiesten von dem Verdacht sind, demokratische Passionen zu haben, ihr Portefeuille auf einige Monate gesichert, und man wird zu erwarten haben, ob der Reichstag gegen ihre Amtsthätigkeit neue Steine ins Gewicht legt. Unterdeß erschwert dieser Umstand die Anfügung der annectirten Länder in lästiger Weise.

Aber trotz aller Unsicherheit und manchem Aerger schwebt der alte Aar des deutschen Reiches, welcher jetzt der preussische heißt, in sicherer Höhe über dem Gedränge, und der Zollverein bildet einen unsichtbaren und doch sehr festen Grenzwall, der noch weiteres Gebiet an Preußen schließt, als jetzt im Reichstage vertreten wird. Das norddeutsche Parlament wird auch den Völkern in Süddeutschland neue Eindrücke über die Unsicherheit ihrer Lage geben.

Drei Jahre etwa bedarf Preußen, um die wichtigsten neuen Organisationen in dem norddeutschen Bundesstaat durchzuführen. Ob uns so lange der Friede erhalten bleibt? Die Stellung Preußens zum Ausland ist eine exponirte, aber es steht unter dem Schutze seiner Erfolge und der hohen Achtung, welche sich das preussische Heer erkämpft hat. Grade was als Symptom einer künftigen Gefahr erscheint, daß die großen Staaten des Festlandes ihre Armeen der preussischen Bewaffnung und Organisation zu nähern suchen, ist eine, wenn auch ungenü-

gende Bürgschaft, daß uns der Friede erhalten bleibt. Denn die großen Umwandlungen, welche jetzt Frankreich und nach mancher Richtung Oestreich vorbereiten, sind nicht in einem, ja nicht in drei Jahren zu beenden, sie versetzen während ihrer Durchführung das beste Heer in einen Zustand der Unfertigkeit und machen dem Staate, der sie unternimmt, eine Friedensperiode wünschenswerth. Preußen aber ist in der Lage, jeder einzelnen der großen Continentalmächte gewachsen zu sein; die Aufgabe preußischer Staatskunst ist, eine Liga mehrerer gegen Preußen zu hindern.

Und dafür ist unsere Lage nicht ungünstig; wir begehren nichts von fremdem Land, und nichts, was nach gerechtem Urtheil fremde Lebensinteressen stört; die Wünsche der leidenschaftlichsten Patrioten gehen nur dahin, das gesammte außer-österreichische Deutschland in einen Staatskörper zu vereinigen, und diese Vereinigung, auf dem Gebiet realer Interessen in Süden bereits vollzogen, kann nur erfolgen, wenn die Völker Süddeutschlands sich dieselbe fordern. Wir fürchten keinen süddeutschen Bund, denn wir sind der tapfern Regierung Badens sicher, und wir fürchten keinen festen politischen Anschluß an Oestreich, denn unser Silber wiegt schwerer, als die unsichern Banknoten, die preußische Regierung ist zwar in Bayern nicht geliebt, aber die österreichische gehaßt, und kein süddeutscher Politiker, wie sehr ihn verletzter Stolz und dynastisches Interesse verblende, würde ungestraft wagen, das Leben seines Staates an das Schicksal zu fesseln, welches sich im österreichischen Kaiserstaat vollzieht.

Wir meinen nicht, daß Herr v. Beust sich selbst der Täuschung hingiebt, er vermöge dort gründlich aufzubessern. Was seine Stärke ist, die kleinen diplomatischen Virtuositäten, kann dort höchstens seine Person eine Zeit lang halten. Niemand besitzt weniger die Eigenschaften eines Reformators, als er, heißen Patriotismus, leidenschaftliche Hingabe an eine große Idee und den gestählten Charakter, welcher unwiderstehlich die Hindernisse niedertritt. Ein kleiner unverächtlicher Vortheil kommt ihm zu seiner Gescheidtheit und einer unbeimlichen Unbefangeneheit, der ihn unserer Presse collegialisch nähert; er hat von Haus aus Anlage zu einem Journalisten, und er wäre, wenn ihm sein Leben die naturgemäße Entwicklung gestattet hätte, wahrscheinlich ein guter Leitartikelschreiber geworden, auch seine Noten sind Artikel. Als Minister vermochte er dies Talent nur unvollkommen zu entwickeln. Er war fleißig in der sächsischen Presse, aber seine Artikel waren zu lang, zu viel kleines Geplänkel darin und etwas Selbstgefälligkeit. Man darf doch zweifeln, ob solche Technik in Reden, Noten und der Presse dem Getümmel der Nationalitäten im Kaiserstaat auf die Dauer imponiren wird. Preußen gegenüber aber trauen wir ihm die gewandte Klugheit zu, daß grade er die Welt durch unbefangene Würdigung eines guten Einvernehmens mit diesem Nachbarstaat überraschen wird.